



Peter Weckmann MdL

Neues aus
dem Landtag
04/2016 - April

SPD



Peter Weckmann ... für den Essener Süden!

Von Panama über den Haushalt bis zum RRX

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,

an den letzten beiden Plenartage ging es neben dem Beschluss zum Nachtragshaushalt in der Debatte unter anderem auch um die sogenannten „Panama Papers“ und Konsequenzen aus diesem Ausmaß der Steuerhinterziehung. Mit der AWO Bergerhausen durfte ich die letzte größere Besuchsgruppe vor der Sommerpause im Landtag empfangen. Im Wahlkreis war insbesondere die Veranstaltung „Fraktion vor Ort“ der vier Essener Landtagsabgeordneten zum RRX und ÖPNV allgemein berichtens-

wert.

Wenn wir uns nicht vorher schon bei einem der Parteitermine treffen, dann sage ich bis spätestens zum Demonstrationszug und zur Kundgebung am 1. Mai.

Nun viel Spaß beim Lesen!

Ihr/Euer
Peter Weckmann

Ausführliche Informationen zu den letzten Plenartagen gibt es im Newsletter unserer Landtagsfraktion. Anmeldung unter:

www.spd-fraktion.landtag.nrw.de

Aktuell:

- In eigener Sache - Kandidatur bei der Wahl 2017 ... Seite 1
- Aktuelle Entwicklungen in der Flüchtlingspolitik ... Seite 2
- Landesregierung unterrichtete zu „Panama Papers“ ... Seite 3
- Fraktion vor Ort zum Thema RRX und ÖPNV ... Seite 4
- Bekenntnis zu einer modernen Stahlpolitik in NRW ... Seite 5
- +++kurz notiert+++ ... Seite 6

In eigener Sache - Kandidatur bei der Wahl 2017

In einem Schreiben an die Ortsvereinsvorsitzenden und Wahlkampfleiter des Südwahlkreises vom 1. April habe ich angekündigt, mich zur Landtagswahl 2017 nicht erneut um das Mandat im Wahlkreis 68 zu bewerben.

Zeit meines politischen Lebens habe ich mich gefragt, warum Parlamentarismus eigentlich eine 60plus-Veranstaltung sein muss. In diesem Zusammenhang habe ich mir immer geschworen, nicht über das Erreichen des Rentenalters hinaus, an einem Mandat „kleben“ zu wollen.

Ich gebe zu, dass mir - gerade in letz-

ter Zeit - Zweifel an dieser Einstellung gekommen sind. Diese Zweifel rühren daher, dass Politik auch von Erfahrungen und zwischenmenschlichen Begegnungen (neudeutsch: Netzwerken) lebt, die man erst im Laufe der Zeit sinnvoll nutzen kann. Nicht zuletzt aber auch deshalb, weil mir Politik immer noch Spaß macht. Spaß macht die Politik in Düsseldorf, die Arbeit in den Ausschüssen und im Plenum, die Zusammenarbeit mit Landtagskolleginnen und -kollegen, die Diskussion mit Besuchergruppen, Praktikanten und sogar mit Lobbyisten, das Gespräch „auf dem Flur“ und bei vielen weiteren Gelegenheiten.

Spaß macht Politik mir allerdings vor allem in unserem Wahlkreis bei den zahlreichen Begegnungen mit Menschen aus Vereinen, Verbänden, Organisationen und Initiativen. Da sind die Besuche in AWO-Clubs, Sportvereinen, der Leistungsschau der Rassegeflügelzüchter, da sind die Treffen mit Flüchtlingshelfern, Karnevalisten, Kleingärtnern und mit kulturell Engagierten - von den Initiatoren des Alten Bahnhofs Kettwig, des Katakomben-Theaters in Rütterscheid oder den Lehrenden der Hochschule der bildenden Künste in Kupferdreh.

Und Spaß macht mir Politik immer besonders, wenn wir gemeinsam daran arbeiten, in unserem Wahlkreis die SPD wieder als „Kümmerer-Partei“ zu etablieren - einen Anspruch, den sie in vielen ande-

ren Bereichen (bzw. Regionen) leider verloren hat. Es bedeutet mir viel, bei diesen Aktivitäten mit Euch und den Aktiven der Ortsvereine im Wahlkreis unterwegs zu sein.

Trotzdem bin ich nach reiflichen Überlegungen zu dem Schluss gekommen, von meiner ursprünglichen Lebensplanung nicht abzuweichen. Für eine weitere Kandidatur um ein Landtagsmandat stehe ich nicht mehr zur Verfügung.

Deshalb bedanke mich an dieser Stelle schon einmal für Euer bisheriges Engagement in den vergangenen vier Jahren und die stets gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Aktuelle Entwicklungen in der Flüchtlingspolitik



Heute möchte ich einmal über zwei ganz andere Themen als üblich in dieser Rubrik berichten:

Gymnasium Werden sammelte 17.000,- € für das Flüchtlingsdorf Ruhrgebiet

Mein Landtagskollege Serdar Yüksel hat gemeinsam mit der Caritas Anfang 2015 die Initiative „Flüchtlingsdorf Ruhrgebiet“ ins Leben gerufen. Das Flüchtlingsdorf soll den Menschen im Nordirak, die vor dem Terror des „Islamischen Staats“ geflohen sind, eine Heimat geben. Insbesondere Christen und Jesiden, aber auch Schiiten waren und sind ihres Lebens dort nicht mehr sicher. Nach der oft lebensgefährlichen Flucht soll es den Menschen ein geschütz-

tes Wohnen unter menschenwürdigen Bedingungen ermöglichen. Die Spenden kommen 1:1 der Arbeit vor Ort zugute. Das Flüchtlingsdorf aus isolierten Containerunterkünften steht in der Region Dohuk.

Die Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Essen-Werden aus meinem Wahlkreis haben 17.000,- € zur Unterstützung des Flüchtlingsdorfes gesammelt. Und das in unermüdlichen Einzelaktionen. So hat ein Schüler einen Nachmittag in der Fußgängerzone Trompete gespielt und so in einer Stunde 65 € für das Flüchtlingsdorf verdient, ein anderer Schüler und eine Schülerin haben ihr Geld vom Babysitten



gespendet, aber auch Kuchen wurde verkauft und Theateraufführungen angeboten. Gemeinsam mit Daniel Behmenburg, dem Fraktionsvorsitzenden in der örtlichen Bezirksvertretung, habe ich die Schülerinnen und Schüler angeschrieben und für den Einsatz herzlich gedankt. Als Anerkennung für dieses wichtige und beeindruckende Signal der Schülerinnen und Schüler habe ich sie zu einem Besuch nach Düsseldorf in den Landtag eingeladen. Von den gespendeten 17.000,- € wird die Erstausrüstung einer neu errichteten Schule im Flüchtlingsdorf komplett finanziert. Die Schule wird in einem Zwei-Schicht-Lernsystem Platz für bis zu 900 Schülerinnen und Schüler bieten.

Wer spontan Lust bekommen hat, dieses wichtige Projekt auch zu unterstützen, kann an folgendes Konto spenden:

Caritasverband für das Bistum Essen e.V.
 IBAN DE75 3606 0295 0000 0144 00
 Bank im Bistum Essen
 Stichwort Flüchtlingsdorf Ruhrgebiet

Deine Stimme für Vernunft.

Die Bundespartei der SPD hat die Kampagne „Meine Stimme für Vernunft“ ins Leben gerufen. Die Kampagne soll der weiteren Spaltung unseres Landes entgegen wirken. Es ist ein klares Bekenntnis zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft und gegen Hass und Gewalt.

Die Unterzeichner stehen ein für ein menschliches und ein sicheres Deutschland. Von der Politik wird Aufklärung, Bildung, Integration, klare Regeln und Anwendung der Gesetze gefordert - für ein friedliches Zusammenleben. Politische Kräfte, die Öl ins Feuer gießen, werden klar abgelehnt. Denn sie spalten unsere Gesellschaft und schaden unserem Land.

Mitmachen bei der Kampagne „Meine Stimme Für Vernunft

www.spd.de oder [direkt hier klicken](#)

Informationen der SPD-Landtagsfraktion zum Thema „Flüchtlinge“

www.spd-fraktion-nrw.de oder [direkt hier klicken](#)

Landesregierung unterrichtet zu „Panama Papers“

Das Netzwerk investigativer Journalisten hat Anfang April vertrauliche Unterlagen einer Kanzlei aus Panama veröffentlicht, die sogenannten „Panama Pa-



pers“. In den Papieren ging es um die Nutzung von Briefkastenfirmen. Die Landesregierung hat das Parlament am 20. April über Konsequenzen aus den „Panama Papers“ unterrichtet.

Nordrhein-Westfalen fährt unter Federführung von Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans einen klaren Kurs gegen Steuerhinterzieher. Durch den Ankauf von elf „Steuer-CDs“ für 17,9 Millionen Euro konnten der Allgemeinheit über sechs Milliarden Euro aus Hinterziehungen von Banken und Steuerhinterziehern zurückgegeben werden. Der NRW Finanzminister hat die Größenordnung der aktuellen Enthüllungen als erschreckend bezeichnet. Als Konsequenz fordert er, dass Gewinne von Unternehmen dort versteuert werden müssten, wo sie gemacht werden. Banken, die bei Steuerhinterziehung assistierend tätig werden, müssten außerdem mit scharfen Sanktio-

nen rechnen. Bei der Umsetzung von Steuerhinterziehungsbekämpfung erkenne er in Deutschland zu viel Verwässerung und Verzögerung.

SPD unterhält keine Briefkastenfirma in Hongkong

Während der Plenardebatte zur Regierungserklärung hat die CDU den Vorwurf erhoben, die SPD unterhalte eine Briefkastenfirma in Hongkong. Diese Behauptung ist ebenso falsch wie absurd. Richtig ist, dass die Unternehmensholding der SPD (ddvg) mit der CAVETE Global Ltd. eine 100%ige Tochterbeteiligung in Hongkong unterhält. Diese Firma dient jedoch nicht der Verschleierung irgendwelcher Finanzgeflechte. Die Gesellschaft wird nach den loka-

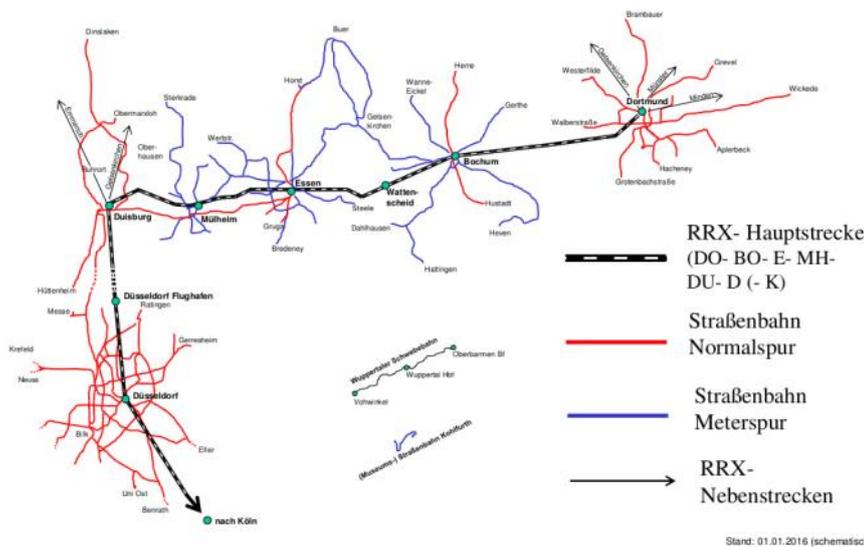
len gesetzlichen Vorschriften geführt und ist nicht darauf angelegt, irgendwelche Sachverhalte in unzulässiger Weise zu gestalten, Vermögenswerte zu verbergen oder steuerlichen Verpflichtungen auszuweichen. Konkret geht es um eine Idee des Öko-Test-Magazins, eine unabhängige Verbraucherplattform zu schaffen. Diese wird unter www.OKOer.com erfolgreich betrieben.

Rede von Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans
www.fm.nrw.de oder [direkt hier klicken](#)

Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen
www.landtag.nrw.de oder [direkt hier klicken](#)

Fraktion vor Ort zum Thema RRX und ÖPNV

RRX-Hauptstrecke und kommunale Schienennetze



Vorlaufbetrieb zum Einsatz kommen.

Zu den Themen RRX und ÖPNV in Essen allgemein habe ich gemeinsam mit meiner Kollegin Britta Altenkamp und meinen Kollegen Dieter Hilser und Thomas Kutschaty und der SPD-Landtagsfraktion zu einer „Fraktion vor Ort“ Veranstaltung ins Haus der Technik nach Essen eingeladen. NRW-Verkehrsminister Michael Groschek musste leider kurzfristig absagen. Spontan ist die Duisburger Landtagsabgeordnete Sarah Philipp eingesprungen. Sarah Philipp ist Bau- und wohnungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion. Als fachkundige Diskussionspartner standen darüber hinaus Dieter Hilser, Vorsitzender des Bau- und Verkehrsausschusses des Landtags NRW und Michael Feller, Vorstandsvorsitzender der Essener Verkehrs AG, zur Verfügung. Moderiert wurde die Veranstaltung von Britta Altenkamp.

Der RRX ist eines der verkehrspolitischen Großprojekte in NRW in dieser Legislaturperiode. Vier RRX Linien sollen auf der Kernstrecke zwischen Dortmund Hauptbahnhof und Köln Messe/ Deutz einen 15 Minuten Takt realisieren. Zwei weitere Linien sollen stündlich zwischen Oberhausen Hauptbahnhof und Düsseldorf Hauptbahnhof verkehren. Der RRX-Grundsatzvertrag wurde am 18. Juli 2013 im Düsseldorfer Verkehrsministerium unterzeichnet. Im Jahr 2018 sollen dann RRX-taugliche Fahrzeuge in einem

Bereits in meiner Begrüßung ging ich auf die Bedeutung des Öffentlichen Personennahverkehrs in einem Ballungsraum wie dem Ruhrgebiet ein. Die Menschen sind hier über die Stadtgrenzen hinaus sehr mobil: Ziel muss es deshalb sein, einen moder-



nen und bedarfsgerechten ÖPNV anzubieten. Die Wirklichkeit sieht jedoch häufig anders aus: Überfüllte Züge zu den Stoßzeiten, Verspätungen und sogar ganze Zugausfälle. Bei wichtigen Fahrten, wie zum Beispiel zum Flughafen um den Urlaubsflieger zu erreichen, nutzt man die Bahn eher selten oder man plant viel Zeit als Puffer ein. Auch die Mitnahme von Fahrrädern gestaltet sich zu den Spitzenzeiten schwierig. Das betrifft ebenso junge Familien mit Kinderwagen und Menschen, die auf einen Rollstuhl oder Rollator angewiesen sind. Betroffen sind hiervon tagtäglich Studenten, Reisende und Berufstätige und für alle bedeutet es tagtäglich unnötigen Ärger, Stress und Hektik.

Der RRX soll hier Entlastung bringen und die Bahn wieder attraktiver machen, auf den Hauptverkehrsachsen wie auch auf den Außenästen: Durch die hohe Taktfrequenz soll die Pünkt-

lichkeit verbessert werden und das hohe Ausstattungsniveau soll mehr Komfort garantieren. In der Diskussion mit den rund 40 Gästen - Fachleute, Betroffene und Interessierte - wurden teils noch weitergehende Erwartungen formuliert, zum Beispiel zum Thema Lärmschutz oder bezüglich eines sechs-spurigen Ausbaus im Bereich von Duisburg.

Auch die Zukunft des ÖPNV in Essen wurde diskutiert. Ebenfalls hochaktuell, denn momentan wird von der lokalen Politik und Verwaltung die Fortschreibung des Nahverkehrsplans vorbereitet.

Weitergehende Informationen zum RRX

www.rrx.de oder [direkt hier klicken](#)

Pressemitteilung zu den Inhalten des RRX-Grundsatzvertrages

www.mbwsv.de oder [direkt hier klicken](#)



Bekenntnis zu einer modernen Stahlindustrie in NRW

Am 20. April hat der Landtag über den Stahlstandort NRW diskutiert. Stahl ist als Werkstoff die Basis für viele Branchen, so zum Beispiel für den Auto- und Maschinenbau bis hin zur Windkraft. Stahl zu Dumpingpreisen aus China bedrohen den heimischen Markt. Daher haben wir die EU-Kommission aufgefordert, umgehend angemessen hohe Strafzölle gegen diesen Billig-Stahl zu erheben. Momentan steht auch die Überarbeitung des CO₂-Zertifikatehandels

an, welche man vor diesem Hintergrund betrachten muss. Mit Blick auf die schwierige Situation auf dem weltweiten Stahlmarkt muss hier der Klimaschutz mit Augenmaß weiterentwickelt werden. Besonders effiziente Stahlwerke sollen nicht durch den CO₂-Zertifikatehandel mit zusätzlichen Kosten belastet werden. Gebraucht werden Klimaschutzregeln, die Anreize für Innovationen setzen und für die Stahlindustrie technisch und wirtschaftlich machbar sind.

ert +++ kurz notiert +++ kurz notiert +++ kurz notiert +++ kurz notiert

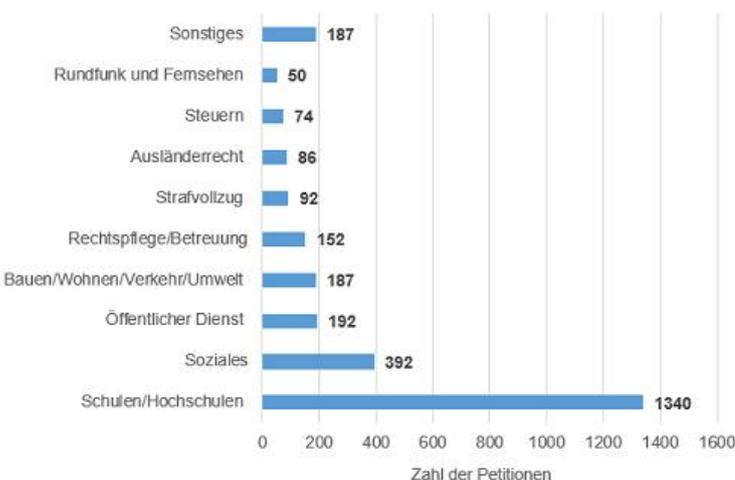
Nachtragshaushalt 2016 verabschiedet

In zweiter und dritter Lesung wurde am 20. April der Nachtragshaushalt verabschiedet. Die rot-grüne Landesregierung hatte nach den Übergriffen der Silvesternacht 2015 am Kölner Hauptbahnhof ein 15-Punkte-Programm vorgelegt. Der Nachtragshaushalt sieht in dem Zusammenhang unter anderem die Finanzierung von mehr Personal für Polizei und Justiz vor. Die Mehrausgaben sollen durch Einsparungen an anderer Stelle ausgeglichen werden. Am Haushaltsvolumen von rund 69,6 Milliarden Euro soll sich nichts ändern. Die Nettoneuverschuldung liegt weiter bei 1,8 Milliarden Euro. Über den Nachtragshaushalt habe ich bereits im letzten Newsletter ausführlich berichtet.

Halbjahresbericht des Petitionsausschusses

Der Petitionsausschuss hat den

Schwerpunkte Petitionsarbeit 1. Halbjahr 2015



ersten Halbjahresbericht 2015 vorgelegt: 2.661 neue Petitionen sind eingegangen, erledigt wurden 2.752 Eingänge. Die Quote der positiv beantworteten Petitionen stieg auf 54,8 %. In den Vorjahren lag die Quote im

Durchschnitt lediglich bei etwa 35 %. Eine Petition darf grundsätzlich jeder einreichen. Dieses Recht ist verfassungsrechtlich durch Artikel 17 des Grundgesetzes geschützt.

Weitere Informationen zur Arbeit des Petitionsausschusses unter www.landtag.nrw.de. Eine Broschüre zum Thema kann gerne über mein Büro bezogen werden.

Besuch aus dem Wahlkreis - Arbeiterwohlfahrt Bergerhausen

Am 20. April durfte ich einige Mitglieder der AWO Bergerhausen



um ihren gerade frisch wiedergewählten Vorsitzenden Erni Broszik im Landtag begrüßen. Für viele war es der erste Besuch im Landesparlament. Wie üblich bei Besuchen an Plenartagen

konnte die Debatte eine Stunde von der Besuchertribüne aus verfolgt werden. Themen im Plenum waren während dieser Zeit die Unterrichtung zu den Panama Papers durch die Landesregierung und eine Aktuelle Stunde zur Videoüberwachung. Das Thema Videoüberwachung und innere Sicherheit allgemein bestimmten auch einen großen Teil der Diskussion im Anschluss. International agierende Verbrecherbanden werden als große Gefahr gesehen und sollten im Fokus der Politik stehen. In diesem Zusammenhang wies ich auf die Aufstockung des Personals im Bereich der Polizei unter der rot-grünen Landesregierung hin. Schwarz-gelb hatte zwischen 2005 und 2010 die Zahlen in bedenklichen Dimensionen zurückgefahren. Die Zeit für die Diskussion war viel zu knapp, sodass wir diese im Anschluss bei Kaffee und Kuchen fortführten.

Ein Besuch des Rheinturms bei strahlend blauem Himmel und ein Spaziergang am Rhein rundeten das Programm für die Gäste ab.

So erreicht Ihr mich:

Peter Weckmann

Landtag NRW
Postfach 10 11 43
40001 Düsseldorf

Telefon (0211) 8842630
Telefax (0211) 8843064

peter.weckmann@landtag.nrw.de
www.peter-weckmann.de
www.facebook.com/peter.weckmann